

NÜRNBERGER



FRIEDENSFORUM

c/o Angela Rauscher
Königshammerstr. 15a
90469 Nürnberg
e-mail: info@friedensforum-nuernberg.de
Internet:
<http://www.friedensforum-nuernberg.de>
Sonderkonto:
Ewald Ziegler, Postbank Essen
Kto-Nr. 695292437, BLZ 360 100 43
14. August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren.
Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Flächendeckend ausspionieren, Daten verarbeiten und töten,

das ist nicht der Inhalt eines schlechten Horrorfilms. So lassen sich die immer neuen Enthüllungen über das Ausspionieren des US- Geheimdienstes NSA und deren Ergebnisse zusammenfassen. Schließlich erfordert das Morden mit Drohnen eine vorher gesammelte Datenmenge. Und dass bundesdeutsche Stellen daran beteiligt sind, scheint bewiesen. Es stellt sich nur noch die Frage, wer alles vom politischen Personal Bescheid wusste und weiß.

Wer nun glaubt, dies sei alles eine Art Betriebsunfall irrt sich leider. Sonst müssten ja diejenigen, welche jeden Krieg mit der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten begründen, ganz andere Konsequenzen ziehen. Bradley Manning, der u.a. Kriegsverbrechen von US-Soldaten in Bagdad veröffentlichte, und Edward Snowden, der die Lawine über das Ausspionieren ins Rollen brachte, würden mit Ehrungen überschüttet statt gejagt und angeklagt.

Nachdenkliches dazu von Heribert Prantl am 21.07.2013 in der Süddeutschen Zeitung:
„... In den Staaten der westlichen Welt ist, angeführt von den USA, ein merkwürdiger Prozess der Umkehrung rechtsstaatlicher Logik im Gang: Die Rechtsstaatlichkeit misst sich offenbar nicht mehr daran, dass man die Grundrechte einhält. Statt dessen werden die Verletzungen von Grundrechten damit gerechtfertigt, dass ja ein Rechtsstaat sie vornehme. Der Begriff „Rechtsstaat“ wird seines Inhalts entblößt und ungeachtet dessen einfach gesetzt. Die Vereinigten Staaten begründen auch die größten Anrührigkeiten auf diese Weise: Man sei ja ein Rechtsstaat: das adelt dann vermeintlich auch noch das Waterboarding.“

Nach dem aktuellen Desaster mit der Drohne „Euro-Hawk“ und mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen gilt es den Druck für eine Bundesrepublik ohne Drohnen zu erhöhen. Proteste und Unmut in der Bevölkerung werden als Gründe genannt, dass die US-Army ihre für Mitte August geplanten Übungsflüge von Drohnen zwischen Grafenwöhr und Hohenfels auf den Herbst verschoben hat. Weiter so, auch am Antikriegstag!

Groß angekündigt ...

... wurde der Abzug von Bundeswehreinheiten aus Afghanistan. Misst man die jetzige Situation im Land mit der offiziellen Begründung für den Eintritt in den Afghanistankrieg, dann kann man nur zu dem Schluss kommen, welch ein Desaster. Vor allem für die Menschen in Afghanistan. Und auch jetzt setzt man diese Politik fort. Man will sich vom verlorenen Krieg verabschieden, aber trotzdem im geostrategisch so wichtigem Land bleiben. Deshalb kein vollständiger Abzug.

Keine Entwarnung ...

...gibt es leider vom Pulverfass Naher Osten. Die angekündigten neuen Gespräche

zwischen Israel und den Palästinensern drohen schon vor ihrem Beginn wegen des israelischen Beharrens auf dem Bau weiterer Siedlungen zu scheitern.

Ägypten droht in Gewalt zwischen dem Militär und Anhängern des abgesetzten Präsidenten zu versinken. Ähnlich brutal und ausweglos die Situation im Irak. Auch in Tunesien nehmen Gewalt und offener Mord in der politischen Auseinandersetzung zu. Trotz manch kritischer Gedanken über die Kräfte der bewaffneten Regierungsgegner in Syrien, wird die bisherige Linie im Westen weiter verfolgt: Assad muss weg und jeder, der dabei hilft, ist willkommen. Eine auf Gespräche und Verhandlungen setzende Strategie zur Lösung des Konflikts sieht anders aus.

Wie nicht anders zu erwarten ...

... wird die Anschaffung der 180 Eurofighter einige Milliarden EURO teurer als geplant. „Nürnberger Nachrichten“, 08.08.2013, S. 2.

Militärpropaganda ausgedehnt ...

... melden die Jugendoffiziere in ihrem Jahresbericht für 2012 (nach „junge welt“, 15.07.13, S. 5). In 7081 Veranstaltungen wurden 175 447 TeilnehmerInnen erreicht. Auch die Zahl der erreichten Multiplikatoren habe sich auf 30 578 erhöht. Mut macht, wenn in dem Bericht darüber gejammert wird, dass viele Jugendliche als Grund für Militäreinsätze `primär das wirtschaftliche Interesse an Ressourcen` nennen oder mit Ablehnung und Unverständnis auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU reagieren. Unterstützen wir weiterhin Initiativen gegen Bundeswehrauftritte in Schulen, Unis oder Arbeitsagenturen. Ein Thema beim diesjährigen Antikriegstag.

Bundestagswahl

Nutzen wir die politisierte Stimmung des Wahlkampfes, um unsere friedenspolitischen Themen zu verbreiten. Prüfen wir die Kandidatinnen und Kandidaten anhand ihres Tuns und ihrer Äußerungen zu unseren Forderungen. Ein Aufruf aus der Friedensbewegung zur Bundestagswahl unter www.Friedensratschlag.de

Antikriegstag

Weil in diesem Jahr der 01. September ein Sonntag ist, führen wir unsere schon traditionelle Aktion mit dem DGB bereits am Samstag, den 31. August durch. Also mitten im Wahlkampf werden wir am Hallplatz in der Nürnberger Innenstadt schwerpunktmäßig „Drohnen“ und das Werben der Bundeswehr in Schulen thematisieren. Als Blickfang und zur Veranschaulichung werden wir Drohnenattrappen zeigen. Ein gemeinsames Flugblatt mit dem DGB zum Antikriegstag liegt bei.

Zum Diskutieren mit den Menschen, zum Flugblatt verteilen, zum Halten der Drohnen ... brauchen wir Helferinnen und Helfer. 31.08.2013, 10.00 Uhr – 13.00 Uhr, Hallplatz.

Wem verdanken wir den Verzehr von Bananen?

Den fleißigen Bauern? Den arbeitsamen Transporteuren? Den klugen Händlern?

Nein! Unserer Marine!

Näheres unter www.youtube.com/watch?v=86ELBWLNdmq.de

Nächstes Treffen

Unser nächstes Treffen findet
am Mittwoch, den 16. Oktober
um 19.00 Uhr

im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6 in Nürnberg statt.

Mit friedlichen Grüßen

Anna Beltinger

Arno Weber